Jungsozialisten – linke Wegbereiter der SPD

Mit knapper Mehrheit hat die Bundesdelegierten-Versammlung am 20. März in Hamburg den Berliner Rechtsanwalt Klaus-Uwe Benneter zum neuen Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten gewählt. Mit dieser Wahl Benneters, der bislang schon als Stellvertreter dem Bundesvorstand angehört hatte, ist ein vorläufiger Höhepunkt in der Entwicklung der größten Arbeitsgemeinschaft der SPD zu einer linksradikalen Fraktion innerhalb der Mutterpartei erreicht worden.

Die neue, ultralinke Juso-Führung steht in der SPD keineswegs so isoliert da, wie es einige führende SPD-Politiker immer wieder glauben machen möchten. Die über Jahre konsequent betriebene Radikalisierung wurde ja erst dadurch möglich, daß die SPD solche Tendenzen widerspruchslos tolerierte oder bestenfalls hilflose Versuche machte, sich dagegen abzugrenzen. Diese Unentschlossenheit wird dadurch leicht erklärlich, daß mittlerweile die Exponenten der linken Gruppen in der SPD wichtige Positionen in den Führungsgremien der Partei besetzt halten; so sitzt beispielsweise Wolfgang Roth, noch Anfang der 70er Jahre Juso-Bundesvorsitzender, heute als Fürsprecher für diese Organisation im SPD-Parteivorstand.

Wer das wirkliche Ausmaß des Konfliktes in der SPD ermaßen will, der mit den Hamburger Personalentscheidungen endlich auch für die breite Öffentlichkeit sichtbar geworden ist, muß zumindest einen kurzen Blick auf die Entwicklung der Jungsozialisten seit Beginn der 70er Jahre und auf ihre politische Strategie innerhalb und außerhalb der SPD werfen.

Entwicklung seit 1969

Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD wird von allen Parteimitgliedern unter 35 Jahren gebildet; mit weit über 300 000 Mitgliedern ist die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten zur Zeit formal die größte politische Jugendorganisation in der Bundesrepublik Deutschland.

Seit ihrem Bundeskongreß in München (1969) haben sich die Jungsozialisten endgültig von einer sozialdemokratischen zu einer marxistischen Organisation

entwickelt. Seit dem Münchner Bundeskongreß haben ausschließlich Vertreter der „Linken“ den Bundesvorstand gebildet.

Gemeinsam mit ihren linken Ziehv Vätern und Fürsprechern in der Partei — so z. B. mit dem damaligen schleswig-holsteinischen SPD-Vorsitzenden Jochen Steffen, mit dem niedersächsischen SPD-Vorsitzenden Peter von Oertzen und einer Reihe von SPD-Bundestagsabgeordneten — versuchte die Juso-Führung, die SPD von ihrem Kurs als sozialdemokratische Volkspartei abzubringen und in eine sozialistische Klassenpartei zu verwandeln.

Unterschiedliche Auffassungen über die erfolgversprechendsten Methoden zur Erreichung dieser radikalen Zielsetzung haben im gleichen Zeitraum zu Richtungskämpfen innerhalb des Verbandes geführt; seit einigen Jahren kann man von regelrechten Fraktionen bei den Jusos sprechen; dabei handelt es sich um folgende drei Gruppen:

1. Die bisherige Führungsgruppe der sogenannten „Reformisten“, die seit Mitte der 60er Jahre stets versucht hatte, die unterschiedlichen Richtungen im Verband zu integrieren und eine offene Konfrontation mit der Partei nach außen zu vermeiden; diese Richtung, die auch von der jetzt ausgeschiedenen Bundesvorsitzenden Heidi Wieczorek-Zeul vertreten worden war, will durch die Verbindung von innerparteilicher Mitarbeit einerseits und außerparteilicher Massenmobilisierung andererseits antikapitalistische und systemüberwindende Strukturreformen durchsetzen.

2. Die sogenannten „Antirevisionisten“ weichen keinen Zoll breit von der marxistischen Analyse der Gesellschaft; sie beklagen den „revisionistischen“ Kurs der Sozialdemokraten, legen demzufolge keinen Wert auf konstruktive Mitarbeit in der Partei und lehnen die Mitwirkung in parlamentarischen Gremien rundweg ab. Nach ihrer Auffassung kann eine sozialistische Gesellschaftsordnung erst nach der vollständigen Überwindung des Kapitalismus durchgesetzt werden.

3. Die sogenannte „Stamokap“-Fraktion, die sich auf die kommunistische Theorie des „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“ stützt; die Anhänger der Stamokap-Theorie vertreten die Auffassung, daß der Staat in den westlichen Industriegesellschaften lediglich als „Büttel“ des in Monopolen organisierten Großkapitals dient. Um ihn zu überwinden, fordern die Stamokap-Anhänger das antimonopolistische Bündnis der Sozialisten mit den kleingewerbetreibenden Kommunisten.

Während in den letzten Jahren der ständig schwindende Einfluß der „Reformisten“ innerhalb der Jungsozialisten noch dadurch verschleiert werden konnte, daß bei den Personalentscheidungen die Vertreter der beiden ultralinken Gruppen sich gegenseitig blockierten, kam auf dem Hamburger Bundeskongreß die Wahl des Stamokap-Führers Klaus-Uwe Benneter dadurch zustande, daß im zweiten Wahlgang die Antirevisionisten sich nahezu geschlossen für den Berliner Anwalt vorgeschlagene Kandidat Ottmar Schreiner vielleicht doch noch eine Mehrheit fände.

Die Strategie der Jungsozialisten

Die Jungsozialisten streben eine sozialistische Gesellschaftsordnung an; diese Zielsetzung wird von allen Gruppierungen innerhalb des Verbandes geteilt. Sie finden ihren Niederschlag in zahllosen Grundsatzbeschlüssen und programmatischen Entschliefungen, wobei stets offen bleibt, wie diese sozialistische Ordnung im einzelnen auszusehen hat.

Bei ihrer Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland gehen die Jungsozialisten von dem marxistischen Ansatz aus; sie halten also unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für ein kapitalistisches System, das von dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktionsweise und privater Aneignung des geschaffenen Mehrprodukts geprägt sei.

Diesen Zustand wollen die Jusos durch eine „Strategie systemüberwindender Reformen“ bzw. eine „Strategie antikapitalistischer Strukturreformen“ überwinden.

Hinter diesen Begriffen verbirgt sich die erklärte Absicht, solche gesellschaftspolitischen Veränderungen durchzusetzen, die einen unwiderruflichen Schritt in Richtung auf die angestrebte sozialistische Gesellschaftsordnung bedeuten.

So heißt es beispielsweise in dem Beschluß des Dortmunder Bundeskongresses vom 26. bis 28. März 1976 zu den „Alternativen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik“: „Die Jungsozialisten halten eine Umverteilung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben zugunsten der Arbeitnehmer für zwingend geboten. Zur Finanzierung einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik fordern sie deshalb eine Erhöhung der staatlichen Einnahmen durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 80 % und eine entsprechende Anpassung der Progressionsstufen. Auf der Grundlage der gegenwärtigen Rechtslage (Stabilitätsgesetz) fordern die Jungsozialisten die Wiedereinführung einer zeitlich begrenzten progressiven Ergänzungsabgabe für hohe Einkommen.“

In dem gleichen Beschluß betuern die Jungsozialisten, daß diese und ähnliche Forderungen „ihrem Ansatz nach noch weitgehend mit dem Fortbestehen kapitalistischer Produktionsverhältnisse vereinbar“ seien; sie warnen dabei ausdrücklich vor dem Trugschluß, „die Abschaffung des Kapitalismus zugunsten des Sozialismus könnte durch bloßes Aneinanderreihen einzelner Teilreformen erreicht werden“. Dieses Ziel verlangt schon radikalere Maßnahmen: „Aus dem unvereinbaren Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital erwächst also die Notwendigkeit, daß die arbeitende Bevölkerung die Grundlagen des kapitalistischen Herrschaftssystems, das private Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln, beseitigt und die Entwicklung zum Sozialismus durchsetzt.“

Folgerichtig bezeichnet der Dortmunder Beschluß es als „bleibende Aufgabe“ der Jungsozialisten, ihre grundsätzlichen antikapitalistischen Forderungen offensiv zu vertreten, nämlich

- die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien,
- die Entwicklung einer gesamtwirtschaftlichen demokratischen Planung und
- die Einführung einer wirksamen Mitbestimmung.

Wie eine solche „fortschrittliche Wirtschaftspolitik“ sich konkret auswirken könnte, hatte die damalige Bundesvorsitzende, Heidi Wieczorek-Zeul, bereits am 13. November 1975 im „Stern“ angedeutet, als sie zu dem sogenannten „Gleichheits“-Programm der Jungsozialisten anmerkte:

„Die Forderung nach einer Beseitigung der riesigen Einkommensunterschiede ist verknüpft mit dem Verlangen nach einer Demokratisierung der Wirtschaft und nach mehr Gleichheit. Deshalb soll das Höchsteinkommen auf 5 000,— DM monatlich netto festgelegt werden, und zwar auch bei privater Gewinnentnahme.“

Um Partei und Öffentlichkeit für solche Zielsetzungen zu gewinnen, haben die Jungsozialisten in den letzten Jahren den Versuch gemacht, ihre selbstentwickelte Theorie der sogenannten „Doppelstrategie“ in die Tat umzusetzen; unter dieser „Doppelstrategie“ verstehen die Jusos die Verbindung von außerparlamentarischer Massenmobilisierung bei gleichzeitiger Mitarbeit in der SPD, um damit von seiten der Partei dem selbstgeschaffenen Druck zur Durchsetzung systemüberwindender Veränderungen der Gesellschaft nachgeben zu können.

Nicht zuletzt der Vorwurf an die Adresse der „Reformisten“ unter Führung von Heidi Wieczorek-Zeul, es hätte ihnen am Willen zur Umsetzung der Dortmunder Beschlüsse gefehlt, hat in Hamburg die Wahl von Benneter mit ermöglicht. Auf der Landesdelegiertenkonferenz der Berliner Jungsozialisten am 17. Februar 1977 in Berlin-Steglitz hatte Benneter in einer Grundsatzrede dargelegt, warum er sich um die Nominierung zum Bundesvorsitzenden bewerben wolle und was er als gewählter Bundesvorsitzender durchsetzen werde. In den Dortmunder Beschlüssen zur Wirtschaftspolitik sieht Benneter durchaus „neue Maßstäbe“, doch „die besten Beschlüsse und Arbeitsprogramme nützen nichts, wenn diejenigen, die sie mehrheitlich durchführen und umsetzen sollen, dazu nicht bereit oder in der Lage sind“.

Die Klage über das „Scheitern der illusionären Reformpolitik“ der Bundesregierung führt Benneter zu der Feststellung: „Angesichts der Tiefe der gegenwärtigen Krise und der aktuellen Notwendigkeit einer grundlegenden Alternative werden die Jungsozialisten schon in nächster Zeit von allgemein gehaltenen Formulierungen wie der ‚Investitionslenkung‘ zu Elementen eines konkreten wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms voranschreiten müssen:

Die Frage, welche Schlüsselbereiche und welche namentlich zu benennenden Konzerne zu vergesellschaften sind, steht ebenso auf der Tagesordnung wie die Ausarbeitung konkreter Vorstellungen über die Verwaltung und Planung der vergesellschafteten Sektoren.“

Dazu bedarf es dann natürlich auch der „sozialistischen Solidarität“: „Ziel ist das gemeinsame Handeln, um die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu überwinden.“

„Stamokap“

Der Begriff „Staatsmonopolistischer Kapitalismus“ wurde von Lenin geprägt, jedoch nie näher erläutert; er diente ihm seinerzeit lediglich zur innerparteilichen

Polemik gegen Bucharin. Erst nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956 wurde die Stamokap-Theorie neu belebt. Diese Theorie stützt sich auf die These, daß der demokratische Staat nur als Marionettenfigur der Monopole tätig werde, die in Wahrheit das wirtschaftliche Geschehen in den kapitalistischen Ländern beherrschten.

Der theoretische Rahmen für die Argumentation der Stamokap-Anhänger ist in den „Thesen zum Theorieseminar der Berliner Jungsozialisten“ aus dem Jahr 1973 niedergelegt; diese Thesen sind von Benneters Anwalts-Sozius Kurt Neumann verfaßt worden; dort heißt es in der Analyse der Funktionsweise von Monopolen: „Durch die Einbeziehung des Staates in den ökonomischen Prozeß bekommt die kapitalistische Produktionsweise insgesamt eine neue Qualität ... Durch die Einbeziehung des Staates in den ökonomischen Prozeß wird das Monopol durch die Dienstbarmachung auch der politischen Gewalt zu einem umfassenden ökonomischen politischen Zwangsverhältnis.“

Mit den Antirevisionisten teilen die Stamokap-Vertreter die Auffassung, daß durch bloßen Reformismus, also durch eine Politik der kleinen Schritte, der Kapitalismus nicht zu überwinden sei. Auf die in diesem Zusammenhang zwangsläufig auftauchende Frage nach der Anwendung von Gewalt bleiben die Stamokap-Theoretiker eine eindeutige Antwort einstweilen schuldig; sie sprechen lediglich von „Eroberung und Umgestaltung der Staatsmacht und der aktiven Umwälzung der Gesellschaft mittels der Staatsgewalt“ (Berliner Thesen). — Immerhin haben die Delegierten in Hamburg einstimmig eine Resolution zu den bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen der kommunistischen und anarchistischen Gruppen in Grohnde verabschiedet, in der sie den Einsatz der Polizei ausdrücklich verurteilen und von einer „Provokation und Eskalation der Auseinandersetzung“ sprechen.

Vergleicht man die theoretischen Ansätze der Stamokap-Vertreter bei den Jungsozialisten beispielsweise mit den „Düsseldorfer Thesen“ der DKP von 1971, so stellt man fest, daß die Gesellschaftsanalyse der DKP gleichfalls auf der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus aufbaut.

So heißt es in der These 9: „Um die vereinigte Macht der Monopole und ihres Staates zu überwinden, ist die Sammlung aller vom Monopolkapital Unterdrückten und Ausgebeuteten in einem breiten Bündnis unter Führung der Arbeiterklasse notwendig ... Durch die Überführung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien der marktbeherrschenden Unternehmen, der Bankkonzerne und großen Versicherungsgesellschaften, der Pressemonopole und Kulturkonzerne in gesellschaftliches Eigentum — bei demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse, die anderen antimonopolistischen Kräfte und ihre Organisationen — wird die ökonomische Macht des Monopolkapitals gebrochen.“

Über die ersten Aktivitäten der Stamokap-Anhänger bei den Jusos schrieb Johano Strasser, damals Mitglied des Bundesvorstandes der Jungsozialisten, bereits im Januar 1973: „SHB-Mitglieder auf der Linie des Bundeszentralrats (jetzt des Bundesvorstandes) entfalteten innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten eine Politik der bewußten Fraktionierung und arbeiteten zum Teil mit anderen

— meist DKP-nahen — Organisationen offen oder versteckt gegen die Jungsozialistenmehrheit und Beschlüsse von Juso-Gremien.“

Auf dem Juso-Bundeskongreß 1973 in Bad Godesberg war die Stamokap-Gruppe mit rund 15 % der Delegierten vertreten; heute stellt sie mit Benneter den Bundesvorsitzenden, der in einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“ vom 1. April 1977 die entlarvende Bemerkung macht:

„Ich bestreite nicht, daß ich das, was bei den Jungsozialisten als Theorie des staatsinterventionistischen Monopolkapitalismus entwickelt wurde, im wesentlichen für richtig halte. Diese Theorie ist eine Konkretisierung dessen, was im Godesberger Programm formuliert wird.“

Aktionseinheit mit Kommunisten

Die Forderung nach Zusammenarbeit mit Kommunisten ist für die Jusos mittlerweile zu einer blanken Selbstverständlichkeit geworden. In einem Beschluß des Bremer Juso-Bundeskongresses vom 11. bis 13. Dezember 1970 heißt es beispielsweise: „Um die Zersplitterung der Arbeiterbewegung Westeuropas, die eine Aktionseinheit bisher größtenteils verhindert hat, wenigstens längerfristig aufzuheben, ist es die Aufgabe der Jungsozialisten, mit denjenigen politisch relevanten Organisationen der Arbeiterbewegung zusammenzuarbeiten, die wie die Jungsozialisten antikapitalistische Strukturreformen als Voraussetzung für den Übergang zum Sozialismus anstreben. Dazu gehören:

- die in den sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften arbeitenden sozialistischen Gruppierungen und Fraktionen,
- jene linkssozialistischen und kommunistischen Parteien und politischen Gruppierungen, die der politischen Programmatik der Jungsozialisten nahestehen und zur Zusammenarbeit bereit sind.“

Seit damals hat sich die SPD von solchen Beschlüssen ihrer Jugendorganisation allenfalls mit wortreichen Erklärungen abzugrenzen versucht.

Die Jusos selbst, aber auch zahlreiche andere Linke in der Partei, haben diese Abgrenzungsversuche stets erfolgreich unterlaufen. So konnte beispielsweise der frühere Juso-Bundvorsitzende Carsten Voigt im November 1975 in „Die neue Gesellschaft“ feststellen:

„Die Frage des Bündnisses zwischen Sozialisten und Kommunisten kann positiv entschieden werden, wenn die Zusammenarbeit nützlich ist für den demokratischen Sozialismus und die Entwicklung der Demokratie überhaupt.“

Nach wie vor arbeiten Jungsozialisten mit Kommunisten zusammen:

- An rund 30 deutschen Hochschulen paktieren SPD-Mitglieder mit Kommunisten aller Schattierungen;
- Jungsozialisten und kommunistische Hochschulgruppen rufen gemeinsam zu Demonstrationen auf;
- Jungsozialisten und Kommunisten arbeiten gemeinsam in „Initiativen gegen Berufsverbote“.

Nach wie vor fordern die Jungsozialisten eine Zusammenarbeit mit den westeuropäischen kommunistischen Parteien; dazu Benneter in der erwähnten Rede in Berlin-Steglitz: „Die Bundesrepublik ist zur Zeit dabei, eine Rolle als ein neues imperialistisches Zentrum in Westeuropa zu übernehmen und im Zusammenspiel mit dem US-amerikanischen Großkapital ganz Westeuropa ganz wesentlich zu beherrschen.“ Dieser „Analyse“ folgt auch gleich die Handlungsanweisung; um die SPD „aus ihrer internationalen Isolation im Hinblick auf den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung herausführen zu können“, müssen sich die Jusos über eines klar sein:

„Ohne Zusammenarbeit mit den in der Arbeiterklasse ihrer Länder fest verankerten kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs ist eine erfolgreiche Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung in Westeuropa nicht vorstellbar.“

Als die Jusos dann jedoch auf ihrem Hamburger Kongreß mit überwältigender Mehrheit den Beschluß faßten, den Aufruf des kommunistisch gelenkten „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ zu unterstützen und die Beteiligung an den Demonstrationen dieses Komitees am 21. und 22. Mai in Bremen, Essen, Frankfurt und München zusagten, da stellte die SPD ein Ultimatum: In einem Vorstandsbeschluß vom 1. Februar 1975 hatte sich die Partei nämlich ausdrücklich von dem Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit distanziert und sich gegen jede Zusammenarbeit mit diesem Komitee ausgesprochen. Der Hamburger Juso-Beschluß mußte also als gezielte Provokation aufgefaßt werden.

So kam es — nach der ultimativen Aufforderung des SPD-Bundesgeschäftsführers Egon Bahr — zu dem Beschluß des Juso-Vorstandes vom 27. März 1977, in dem festgestellt wird, „daß der Beschluß L 3 nicht durchführbar ist, da bei der aufgezwungenen falschen Alternative Mitarbeit im Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit oder weitere sinnvolle Mitarbeit in der SPD, die Mitgliedschaft in der SPD Vorrang hat“.

Daß es sich bei dieser Entscheidung um ein **ausschließlich taktisches Manöver** handelt, macht eine Formulierung aus dem gleichen Beschluß deutlich: „Der Bundesvorstand der Jungsozialisten sieht seine Aufgabe darin, ohne ultimativen Druck von irgendeiner Seite alles zu tun, den Beschluß des Hamburger Bundeskongresses entsprechend den vorhandenen politischen Möglichkeiten umzusetzen.“

Dauerkonflikt mit der Partei

Mit dem Formelkompromiß zwischen SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr und dem neuen Juso-Bundesvorstand ist die Partei wiederum einer grundsätzlichen Entscheidung ausgewichen; sie hat den Hamburger Beschluß zum alleinigen Streitpunkt hochgespielt, dabei aber geflissentlich vermieden, alle übrigen Formen der Zusammenarbeit mit Kommunisten und kommunistischen Organisationen anzusprechen.

Vor allem aber ist die SPD der Auseinandersetzung mit den politischen Grundposi-

tionen ihrer Jugendorganisation aus dem Weg gegangen; sie hat jahrelang die erkennbare Entwicklung der Jungsozialisten-Organisation verharmlost und erschöpft sich selbst heute noch überwiegend in kernigen Sprüchen.

So nahm Horst Ehmke Benneters Behauptung, Bundesverteidigungsminister Leber unterlaufe die von Willy Brandt in Gang gebrachte Entspannungspolitik, zum Anlaß, dem Juso-Vorsitzenden in einem dpa-Gespräch am 29. März vorzuhalten, es handele sich bei seinem Vorwurf um eine von „keinerlei Sachkenntnis getriebene Wichtigtuerei“; Benneter sei darüber hinaus im Begriff, „eine Auseinandersetzung mit der gesamten Partei zu provozieren“.

Das ist sicher richtig, um so unverständlicher jedoch erscheint die Äußerung von Egon Bahr im SFB am 2. April, als er zum gleichen Thema feststellte: „Ich bin zunächst einmal vom Grundsatz her der gleichen Auffassung, wie sie in dieser Juso-Formulierung steckt.“

Kein Wunder also, daß sich Benneter weder von dem angeblichen Ultimatum des SPD-Bundesgeschäftsführers noch von der Rücktrittsforderung seines eigenen Juso-Kreisverbandes Berlin-Neukölln irritieren läßt.

Benneter will sich „Gängelungen auch weiterhin in keiner Weise gefallen lassen“ und in der SPD versuchen, seine Vorstellungen und Positionen durchzusetzen: „Wir sind nicht zu Kreuzen gekrochen.“ (WDR-Mittagsmagazin, 28. März 1977.)

Die SPD kann der grundsätzlichen Auseinandersetzung mit ihrer marxistischen Jugendorganisation nicht länger ausweichen; sie muß sich ernsthaft die Frage stellen, ob die Verfechter der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus weiterhin Mitglieder in einer demokratischen Partei sein können. Oder, wie es der von Benneter angegriffene Verteidigungsminister Leber formuliert hat: „Mein höchster Zweifel besteht darin, ob wir in der gleichen Partei sein müssen.“

Der SPD-Vorsitzende Brandt hat jetzt Gelegenheit, seinen starken Worten entschlossene Taten folgen zu lassen; in der ARD-Sendung „Bericht aus Bonn“ am 25. März 1977 hat er noch festgestellt: „Wer entgegen den Beschlüssen der Partei ein Bündnis mit den Kommunisten eingeht, . . . wer dieses für richtig hält, der hat ja das Recht, das zu vertreten, aber nicht als Mitglied der SPD, schon gar nicht im Vorstand einer der Arbeitsgemeinschaften dieser Partei.“

Es bleibt abzuwarten, wer sich am Ende bestätigt fühlen darf: der Parteivorsitzende Brandt oder der Juso-Vorsitzende Benneter, der die inhaltliche Auseinandersetzung um die Juso-Vorschläge für eine fortschrittliche sozialistische Politik sucht, der aber „Gängelungsversuche, Zensur und bürokratische Einschränkungen“ entschieden zurückweist: „Ich werde an diesem Punkt keinem Konflikt ausweichen.“ („Spiegel“-Interview vom 28. März 1977.)